

ISOR aktuell

Nummer 3/2007 ★ 15. Jahrgang ★ Infopreis 0,00 Euro ★ März 2007

Mitteilungsblatt
der Initiativgemeinschaft
zum Schutz der sozialen Rechte
ehemaliger Angehöriger
bewaffneter Organe und
der Zollverwaltung der DDR e.V.

*Der Vorstand des Bundes der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen im DBB (BRH) hat zusammenfassend über den aktuellen Stand des Kampfes gegen § 6 Abs. 2 AAÜG in der Monatszeitung des BRH »aktiv im Ruhestand« Nr. 1-2/07 berichtet.
Mit freundlicher Genehmigung des BRH veröffentlichen wir den Artikel im Wortlaut (siehe auch ISOR aktuell Nr. 7/06)*

*Allen ISOR-Freundinnen
und Sympathisantinnen
herzliche Grüße zum
Internationalen Frauentag*

gen angestellt. Also könne er nicht einfach unterstellen, die genannten Personen seien privilegiert gewesen. Als Minister habe der Kläger in der DDR höchstens knapp 3.500 Mark erhalten. Der Kläger sei aber auch nicht weisungsbefugt gegenüber den Mitarbeitern des MfS gewesen. Kein Fachminister, so wird im Vorlagebeschluss des Sozialgerichts Berlin nachgewiesen, konnte den Mitarbeitern der Staatssicherheit Weisungen erteilen.

Eindeutige Antwort

Damit werden die schwerwiegenden Bedenken, die der BRH auch gegen diese Kürzungsregelung frühzeitig geltend gemacht hat, wieder einmal bestätigt. Ein Gericht darf einen bei ihm anhängigen Rechtsstreit nur aussetzen und die Sache dem Bundesverfassungsgericht vorlegen, wenn es von der Verfassungswidrigkeit der gesetzlichen Regelung überzeugt ist, Zweifel genügen nicht. Das Sozialgericht Berlin hat die Neuregelung streng an der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts gemessen. Karlsruhe hatte kürzlich eine unmittelbare Verfassungsbeschwerde zurückgewiesen, damit zunächst der Rechtsweg ausgeschöpft werde (vgl. Nr. 9/2006, S. 6). Das wurde auch damit begründet, dass erst die Sozialgerichte prüfen mögen, ob die Neuregelung mit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts übereinstimme. Nach Ansicht des Sozialgerichts Berlin fällt die Antwort eindeutig aus (Az. beim Bundesverfassungsgericht: 1 BvL 9/06).

Neuregelung verfassungswidrig

Vorlagebeschluss des Sozialgerichts Berlin zur AAÜG-Korrektur

(Ba) Das Sozialgericht Berlin hält auch die letzte Korrektur des AAÜG durch den Gesetzgeber für verfassungswidrig und hat das Bundesverfassungsgericht angerufen. Damit wird das oberste Gericht erneut darüber zu entscheiden haben, ob der Gesetzgeber Renten verringern darf, weil ein Rentner in der DDR eine herausgehobene berufliche Position hatte.

Endlose Geschichte

Das ist ein neues Kapitel in der immerwährenden Geschichte um die Kürzung von Renten für die angeblichen »Stützen« des DDR-Regimes, über die in dieser Zeitschrift mehrfach ausführlich berichtet worden ist. Wiederholt hat der bundesdeutsche Gesetzgeber versucht, die deutsche Vergangenheit aufzuarbeiten, indem er Mitbürgern, die in der DDR eine hohe Position bekleideten, die Rente kürzte. Das hat das Bundesverfassungsgericht inzwischen mehrfach beanstandet. In seinen Entscheidungen hat es klargestellt, dass Rente zu bezahlen ist nach der Arbeitsleistung, nicht nach dem Charakter des Beziehers. Beispiel: Wer als Beamter seine Frau umbringt, der verliert seinen Status und damit auch den Anspruch auf die Pension. Gleichzeitig wird er entsprechend seinem Verdienst in der Rente nachversichert. Gehörte er zum höheren Dienst, dann erhält er für diese Zeit die höchstmögliche Rente.

Nur in einem Punkt hat das Bundesverfassungsgericht eine Einschränkung gemacht: Privilegien, die einzelne Gruppen in der DDR bei der Vergütung gehabt haben sollten, dürfen abgeschöpft werden. Der Vorteil, den jemand ohne Gegenleistung während der Berufstätigkeit in der DDR hatte, muss sich nicht noch bei der Rente fortsetzen. Wobei noch zu überlegen wäre, wer nachzuweisen hat, ob eine Überzahlung in DDR-Zeiten vorlag und wie hoch sie ausgefallen ist.

Kein Anknüpfen an Funktion

Anstatt dazu Material zu sammeln, hat der Gesetzgeber, vom Bundesverfassungsgericht zu

einer neuerlichen Korrektur gezwungen, die Kürzung beizubehalten, nunmehr anknüpfend an die Funktion, die der Rentenbezieher in der DDR innehatte. Gekürzt werden ehemalige Mitglieder des Politbüros, SED-Sekretäre bei der Kreisleitung, aber auch jeder Staatsanwalt bei der Generalstaatsanwaltschaft. Zur Begründung hat der Gesetzgeber darauf hingewiesen, dass die Renten der Mitarbeiter der Staatssicherheit noch von der Volkskammer verringert worden sind, weil das MfS »privilegiert« war. Da könne es nicht angehen, dass diejenigen, die den Stasi-Mitarbeitern die Befehle gegeben haben, ihre Rente ungekürzt erhalten. Geklagt hat ein ehemaliger Minister aus dem Landwirtschaftsbereich, der der Bauernpartei angehörte und in einem »Plattenbau« gelebt hatte. Seine Rente liegt derzeit bei 1.179,45 Euro. Nach Ansicht des Sozialgerichts ist die Kürzung zu Lasten der aufgezählten Personengruppen willkürlich, zumal sie nicht den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts entspricht. Im Hinblick auf die Gehaltsstruktur der DDR habe der Gesetzgeber, wie unstreitig sei, keinerlei Untersuchun-

Die AG Recht informiert:

In jüngster Zeit haben sich ehemalige Angehörige der Sonderversorgungssysteme der NVA und des MdI mit der Bitte an ISOR gewandt, Unterstützung bei der Berücksichtigung ihres Arbeitseinkommens auch über die Beitragsbemessungsgrenze hinaus zu gewähren. Die AG Recht bezieht hierzu folgenden Standpunkt:

Durch die Überführung von Versorgungsansprüchen aus der DDR ausschließlich in Ansprüche gegen die Rentenpflichtversicherung der BRD – der sogenannten Systemscheidung – sind Verdienste für Lebensarbeitsleistung in zum Teil nicht unbeträchtlichem Maße gekappt worden. Damit wurde den Betroffenen auch eine die Leistungen der Rentenpflichtversicherung ergänzende Versorgungsleistung gleichheitswidrig ersatzlos gestrichen.

Um hier einen gerechten Ausgleich zu fin-

den, hat ISOR eine Vielzahl vom Anwaltsbüro geführter Verfahren unterstützt, in denen die Berücksichtigung gekappter Verdienste nach Maßgabe der »Höherversicherung« beantragt wurde. Das Bundesverfassungsgericht hat hierzu abschließend im Leiturteil vom 28. 04. 1999 (1 BvL 32/95 und 1 BvR 2105/95) entschieden. Danach ist die auf dem Einigungsvertrag (Anlage II Kap. VIII Sachgebiet H Abschnitt III Nr. 9 b) beruhende Systemscheidung verfassungsgemäß und widerspricht nicht der Eigentumsgarantie des Art. 14 Abs. 1 Satz 1 Grundgesetz. Diese Entscheidung hat auch Bestätigung durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gefunden. Wir mussten das zur Kenntnis nehmen. Die Verfahren wegen »Höherversicherung« konnten deshalb nicht fortgeführt werden. Seitdem hat sich an der rechtlichen Ausgangssituation nichts geändert.

Wir sehen deswegen keine Möglichkeit einer weiteren Rechtsverfolgung in der Sache.

Aus der Arbeit des Vorstands:

Der Vorstand diskutierte den Entwurf einer Neufassung seiner politischen Führungskonzeption und beriet in diesem Zusammenhang Stand und weitere Orientierung der Öffentlichkeitsarbeit.

Eine inhaltliche Verständigung erfolgte über die Ablehnung von militärischer Rüstung und die Durchführung von Kriegseinsätzen. Beide sind eine existentielle Bedrohung und eine wesentliche Quelle der Einschränkung von Mitteln für soziale Leistungen. Gleichzeitig wurde die Unterstützung einer sachlichen und kritischen Geschichtsbeurteilung der DDR, insbesondere aller Schutz- und Sicherheitsorgane als ein Anliegen von ISOR definiert. Wir stellen uns auch der Verteidigung der Biografien unserer Mitglieder und der Würdigung ihres Beitrages zur Erhaltung des Friedens. In Vertretung der Interessen aller Mitglieder ist vor allem der

Beitrag unseres Vereins im Kampf gegen den Sozialabbau weiter zu qualifizieren und dazu die Gemeinschaft mit den anderen Sozialverbänden zu stärken. Der Vorstand beschloss, die Arbeit mit der ISOR-Web-Seite noch stärker in aktuelle Auseinandersetzungen einzubeziehen. Ideen und Mitarbeit unserer Mitglieder sind ausdrücklich erwünscht.

Prof. Wolfgang Edelmann berichtete, dass voraussichtlich im Mai/Juni dieses Jahres das zuständige Verwaltungsgericht über die Verweigerung des Zuganges zu elektronisch gespeicherten Datensätzen des Bundesverwaltungsamtes verhandeln wird. Auch der Petitionsausschuss des Bundestages ist in dieser für die Klärung der Einkommensverhältnisse der ehemaligen Mitarbeiter des MfS wichtigen Angelegenheit weiter gefordert.

Mit der durch Dr. Lothar Wellschmied vorgelegten umfangreichen Ausarbeitung zu den

Versorgungsregelungen in den bewaffneten Organen wurde ein wertvoller Beitrag auf dem Weg zu den angestrebten Gutachten geleistet.

Siegfried Felgner berichtete über ein Gespräch mit dem SPD-Sozialminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Herrn Erwin Sellering. Es knüpfte konstruktiv an Gespräche mit den Vorgängern in diesem Amt an und verlief in einer guten Atmosphäre.

Der Vorstand bestätigte den vom Schatzmeister Peter Speck vorgelegten Finanzplan für das Jahr 2007. Das Jahr 2006 wurde mit »schwarzen Zahlen« abgeschlossen. Die sparsame Verwendung der Finanzmittel ist insbesondere auch angesichts der zu erwartenden Ausgaben für die gutachterliche Tätigkeit und im juristischen Kampf weiter geboten. 2006 konnten insgesamt 544 neue Mitglieder aufgenommen werden. Es sind weiter große Anstrengungen zum Erhalt der Mitgliederstärke von ISOR erforderlich. □



Schon zur Tradition geworden sind die bewährten ISOR-Beratungen in **Mecklenburg-Vorpommern** zu Beginn eines jeden Jahres. Am 10. Februar fand die längerfristig geplante Zusammenkunft wiederum in Kuhs, nahe der Barlach-Stadt Güstrow gelegen, statt.

Getragen von Optimismus werteten die Vorstandsmitglieder Siegfried Felgner und Horst Hartrampf die gegenwärtige Situation im Kampf gegen die Diskriminierung der rentenrechtlichen Ansprüche der Betroffenen durch § 7 AAÜG aus. Wir ringen unablässig um Rentengerechtigkeit und unterstützen alle diesbezüglich durch ISOR eingeleiteten und in Aussicht gestellten Aktivitäten. Als bestimmende Säule allen Handelns wurde die gelebte Solidarität unserer Vereinsmitglieder gewürdigt. Ohne sie wäre unser Kampf erheblich beeinträchtigt und der Erfolg in Frage gestellt. Sie war und ist der Gradmesser für die Stärkung des Selbstbewusstseins der Mitglieder und der bisher erreichten Erfolge seit Bestehen der ISOR. Unsere Erfahrungen lehren: Die sachlich-konstruktive und umsichtige Arbeit der TIG in Mecklenburg-Vorpommern, gestützt auf die beschlossenen Grundsatzdokumente, wie die Satzung, die Entschließung der Vertreterversammlung vom November 2005, die politische Führungskonzeption, die Arbeitsordnungen der Organe der ISOR vom 23.11.2001 und die Finanzrichtlinie wuchsen und stabilisierten sich die TIG im Lande.

Aufrechtiger Dank gilt jenen Mitgliedern, die ihren Anspruch auf die zustehende Rente bis zur Beitragsbemessungsgrenze geltend machen konnten und dennoch solidarisch wei-

ter mitkämpfen, bis auch der letzte noch Betroffene vom Rentenstrafrecht erfolgreich ausgegliedert ist. Wesentlich zur diesbezüglichen Positionierung haben auch die würdig gestalteten Mitgliederversammlungen anlässlich des 15-jährigen Bestehens unseres Vereins beigetragen. Wohlwollend wurde zur Kenntnis genommen, dass die aufwändigen und zeitraubenden Mühen zur Klärung der Einkommensverhältnisse und Qualifikationsstrukturen des MfS im wesentlichen ihren Abschluss fanden. Nunmehr ist die Grundlage für den Beginn der Gutachterphase durch das gewonnene Institut gegeben.

Schlussfolgernd aus der bisherigen Arbeit wurde die Aussage getroffen: Der Vorstand der ISOR in Berlin hat uneingeschränkt das Vertrauen der Basis. Die souveränen Entscheidungen sind Ausdruck der qualitativen Arbeit. Über einstimmend wurde weiter geschlussfolgert:

- Die ISOR-Arbeit an der Basis darf nicht dem Selbstlauf überlassen sein. Das Leben in den TIG sollte einer Planmäßigkeit unterliegen und terminlich fixiert werden;
- motivierend für die Arbeit wirkt die Anwendung der Bilanz des Erreichten;
- die Stärkung arbeitsfähiger TIG-Strukturen ist existenzsichernd;
- der Haushalt ist rationell einzusetzen und auf die Schwerpunkte zu orientieren;
- Sicherung der ständigen Zusammenarbeit mit im regionalen Umfeld wirkenden sozialen Vereinen und Verbänden;
- die Öffentlichkeitsarbeit ist noch zielgerichtet zu gestalten;

➤ stärker als bisher ist auch die Angleichung des aktuellen Rentenwertes Ost an West zu fordern.

Unsere eindeutige Maxime: Wir gehen den bewährten Weg unseres Kampfes unentwegt und entschlossen weiter.

Walter Krüger

*

Regionalberatung in Kyritz

Zu einer Beratung der Region Nordwest-Brandenburg trafen sich am 22. Februar Mitglieder von Vorständen der TIG Oranienburg, Neuruppin, Wittstock und Perleberg/Wittenberge. Die Teilnehmer sprachen über die derzeitige Lage und die vor uns stehenden Aufgaben im Kampf um soziale Gerechtigkeit.

Der Landesbeauftragte für Brandenburg, Gerd Röseberg, erläuterte die gegenwärtigen Maßnahmen zur Klärung der Einkommens- und Qualifikationsstrukturen innerhalb des MfS als Voraussetzung für die Erarbeitung eines Gutachtens und weiterer juristischer Auseinandersetzungen zum § 7 AAÜG. Vorgeschlagen wurde, dass der ISOR-Vorstand die TIG Vorsitzenden dazu aktuell informiert und weitere Petitionen und Proteste zur Überwindung des Rentenstrafrechts auf den Weg gebracht werden.

Die Öffentlichkeitsarbeit und stabile Verbindung der TIG zu anderen Sozialverbänden und Bündnissen wurde als eine wichtige Aufgabe bezeichnet. Wir sollten uns an deren Initiativen beteiligen, z.B. gegen die Heraufsetzung der Lebensarbeitszeit auf 67 und für die Angleichung des aktuellen Rentenwertes Ost an das Westniveau. Hervorgehoben wurde die sehr aussagefähige Internetseite der TIG Neubrandenburg. Die Teilnehmer waren sich darin einig, dass zur Bewältigung der vielseitigen Aufgaben in den TIG die Kassierer/Betreuer weiter qualifiziert werden sollten. »Das Geld muss stimmen« aber auch die aktuellen Fragen der Mitglieder sollten überzeugend beantwortet werden, hieß es

in der Diskussion. Die Teilnehmer äußerten sich optimistisch, dass die solidarische Wirksamkeit aller Mitglieder und Sympathisanten zum Erfolg führen wird. **Helmut Kahl, Perleberg**

*

Die TIG Ribnitz-Damgarten/Barth/Zingst/Fischland/Darss hatte am 17.02.07 in Born/ Darss eine Zusammenkunft mit dem Bundestagsabgeordneten unseres Wahlkreises und Bundesgeschäftsführer der Linkspartei/PDS, Dr. Dietmar Bartsch.

An dieser gut besuchten Veranstaltung haben außerdem Mitglieder aus den TIG Stralsund, Grimmen und Rostock, Mitglieder der Basisorganisationen der Linkspartei/PDS aus Dierhagen, Born, Zingst und nicht wenige Ehepartner teilgenommen.

Die Position von ISOR, dass die weiter bestehenden rentenrechtlichen Benachteiligungen nicht formalrechtlich oder gar rechtsstaatlich, sondern politisch begründet sind, fand Zustimmung. Dietmar Bartsch erläuterte die Rentenpolitik und Aktivitäten der Linkspartei/PDS gegen Rentenunrecht und vielfältige Benachteiligungen von Bürgern der ehem. DDR. Er versicherte die weitere Unterstützung im Kampf gegen das Rentenstrafrecht.

Angesprochen wurde die Notwendigkeit aktiver allen Versuchen entgegenzutreten, die Vergangenheit einseitig zu interpretieren, die Auswirkungen des Kalten Krieges auszublenden, andererseits jedoch Positives anonym zu vereinnahmen.

Henry Otto

*

Nach einer Reihe von individuellen Gesprächen und organisatorischen Vorbereitungen des Vorstands unserer TIG Schwerin konnte Ende Februar 2007 eine wichtige Zwischentappe der weiteren Strukturierung für eine wirksame Arbeit erreicht werden. In einer gemeinsamen Beratung mit erfahrenen Betreuern wurden 15 Mitglieder der TIG, vorwiegend aus rentennahen Jahrgängen als künftige Betreuer in ihre perspektivische Arbeit eingewiesen. Bei der Erläuterung der Aufgaben, der Strukturen und Vermittlung von Erfahrungen bereits langjährig tätiger Betreuer konnte eine insgesamt doch ergebnisreiche Entwicklung ausgewiesen werden.

In einer optimistischen Atmosphäre wurden praktische Wege zur Gestaltung des Kampfes

ISOR gratuliert allen Jubilaren, besonders:

Zum 93 Geburtstag:

Heinz Schröder, Bln.-Marzahn

Zum 92 Geburtstag:

Ernst Herrmann, Bln.-Mitte
Andreas Scheib, Stralsund

Zum 91 Geburtstag:

Alfred Dahl, Wildau

Zum 90 Geburtstag:

Senta Blumtritt, Gera
Alfred Neumann, Fürstenwalde

Zum 89 Geburtstag:

Walter Dornig, Lauba
Heinz Gütschow, Bln.-Fr'felde
Dr. Alexander Strachovsky,
Bln.-Köpenick

Zum 88 Geburtstag:

Rudi Drechsel, Hohen Neuendorf
Rudolf Trinks, Bln.-Fr'hain

Zum 87 Geburtstag:

Irma Aumert, Bln.-Hhsn.
Ernst Brechel, Bernau
Hildegard Eilitz, Bln.-Fr'hain
Ernst Fuchs, Rostock
Lieselotte Halemba, Frankfurt/O
Peter Jäger, Jena
Johannes Lohse, Bln.-Treptow
Walter Valenta, Bln.-Fr'felde

Zum 86 Geburtstag:

Paul Berger, Oberwiesenthal
Werner Doß, Halle
Johanna Galke, Frankfurt/O
Dora Gbur, Bln.-Treptow
Gerda Grube, Bln.-Köpenick
Margarete Grzegorski, Senftenberg
Friedrich Hieke, Bln.-Köpenick
Charlotte Kurth, Magdeburg
Lucie Lehmann, Radebeul
Lieselotte Maletzki, Bln.-Fr'felde
Fritz Renckwitz, Bln.-Hhsn.
Werner Reuter, Aschersleben
Heinz Ulbrich, Bln.-Fr'felde
Erich Zwicker, Rostock

Zum 85 Geburtstag:

Helmut Ahnert, Weißenfels

Josef Bobek, Bln.-Hhsn.
Egon Franz, Bln.-Fr'felde

Heinz Gräfe, Bln.-Mitte

Kurt Knoll, Oelsnitz

Hans Müller, Dresden

Karl-Heinz Ottiger, Plauen

Irmgard Perl, Jena

Marie Pilz, Chemnitz

Anna Ruhle, Schwerin

Heinz Schreiber, Weißenfels

Luise Simon, Halle

Alfred Winzer, Magdeburg

Zum 80 Geburtstag:

Ursula Braunert, Bln.-Weißensee

Johannes Breitkreuz, Bln.-Fr'hain

Rosi Bussemer, Kleinmachnow

Annelies Döhmel, Leipzig

Hans Filor, Bernau

Karl Gerlach, Chemnitz

Rudi Gerull, Sassnitz

Gerhard Glas, Dresden

Werner Graichen, Klosterfelde

Ernst Hahn, Selmsdorf

Edeltraut Hartmann, Bernau

Erich Hoffmann, Stendal

Gottfried Jähnig, Jahnsdorf

Willy Jahnke, Bln.-Hhsn.

Charlotte Jungmann, Bln.-Treptow

Heinz Koch, Morgenröthe

Elfriede Köhler, Bln.-Marzahn

Ursula Kulik, Erkner

Hans Kunstrmann, Hohenst.-Ernstthal

Erich Lehmann, Bln.-Hellersdorf

Gerda Meuschke, Pdm.-Babelsberg

Helga Neefe, Bln.-Köpenick

Edelfriede Nordin, Dresden

Bernhard Ollick, Bln.-Marzahn

Waltraut Rautenstrauch, Dresden

Brigitte Richter, Bln.-Marzahn

Heinz Rösch, Bln.-Fr'felde

Horst Schindelauer, Bln.-Pankow

Günter Schröter, Bln.-Marzahn

Roland Süß, Trieb

Heinz Stöhr, Gera

Gisela Thiele, Bln.-Karow

Josef Wieczorek, Bln.-Fr'felde

Hans-Joa. Zimmermann, Saalfeld

Gerhard Zöllner, Mildenau

Zum 75 Geburtstag:

Manfred Ache, Magdeburg

Brigitte Anacker, Erfurt

Rudi Anczyk, Aschersleben

Helmut Angrik, Welfesholz

Joachim Arlt, Bln.-Fr'hain

Günter Bartels, Bln.-Fr'felde

Karl-Heinz Berger, Bln.-Hellersdorf

Regina Bittner, Leipzig

Horst Böttger, Bergen

Roland Brückner, Suhl

Ursula Busack, Bln.-Mitte

Ingrid Conrad, Bln.-Mitte

Horst Dahn, Bln.-Köpenick

Ingeborg Fechner, Bln.-Marzahn

Renate Fehlhaber, Bln.-Mitte

Ursula Feistel, Leipzig

Helmut Friedrich, Frankfurt/O

Dieter Friemel, Bln.-Fr'felde

Heinz Gaido, Erfurt

Renate Gallin, Zernsdorf

Adelheid Geckert, Magdeburg

Lothar Göpfert, Stangendorf

Günter Grenz, Bln.-Hellersdorf

Rudi Hauser, Greiz

Inge Henze, Bln.-Fr'felde

Wilfried Henze, Bln.-Fr'felde

Ruth Hink, Bln.-Li'berg

Rudi Horn, Bln.-Hellersdorf

Ursula Huber, Königs Wusterh.

Helmut Jakob, Zeitz

Dieter Jenetzky, Pdm.-Stern

Edith Knöfel, Wismar

Klaus Köhler, Bln.-Mitte

Karl Krämer, Chemnitz

Horst Kroschel, Hennigsdorf

Alfred Kunze, Werneuchen

Waltraut Lange, Bützow

Lore Langer, Bln.-Hhsn.

Alice Liesegang, Bln.-Mitte

Heinz Lindner, Bln.-Li'berg

Manfred Lohde, Dresden

Wolfgang Lohse, Bln.-Mitte

Otto Lumpe, Bln.-Hhsn.

Klaus Mai, Bln.-Prenzl Bg.

Erwin Matern, Leipzig

Günther Mehlhorn, Bln.Köpenick

Gerhard Meier, Bln.-Fr'hain

Gisela Meier, Bln.-Mitte

Reinhard Meyer, Annaberg-Buchh.

Franz Müller, Waren/Röbel

Helmut Müller, Bln.-Prenzl. Bg.

Vera Müller, Bln.-Fr'felde

Wilfried Mundt, Leipzig

Hermann Naumann, Erfurt

Inge Naundorf, Rangsdorf

Horst Neumann, Chemnitz

Werner Patzer, Strausberg

Gertraud Perthel, Bln.-Mitte

Heinz Praetzel, Frankfurt/O

Anneliese Pause, Halle

Klaus Pries, Dessau

Katharina Prosetzki, Bln.-Mitte

Lucie Räthel, Weißenfels

Dr. Alwin Ramme, Strausberg

Rolf Recknagel, Meiningen

Friedhelm Regen, Strausberg

Reinhard Reschke, Bln.-Köpenick

Rudi Richter, Luckau

Rudi Riemer, Frankfurt/O

Ursula Roehr, Bln.-Marzahn

Günter Rothe, Gefell

Rolf Rübner, Bln.-Hhsn.

Martin Schillbach, Weißwasser

Hans-Joachim Schiller, Leipzig

Reinhild Schmidt, Erfurt

Wolfgang Schmidt, Erfurt

Heinz Schöckenbäumer,

Bln.-Hellersdorf

Günter Scholz, Bln.-Köpenick

Gotthold Schramm, Friedersdorf

Kurt Schröder, Bln.-Marzahn

Bruno Siebenhühner, Bln.-Hhsn.

Magdalene Sonntag, Schwarzenberg

Helmut Spiller, Kölpinsee

Erika Stein, Dresden

Friedrich Sturm, Bln.-Hellersdorf

Igor Tereschkewitz, Bln.-Hhsn.

Günter Thiersch, Templin

Dr. Reiner Wabra, Leipzig

Horst Wagner, Bln.-Marzahn

Dieter Walther, Bln.-Köpenick

Lothar Weigel, Dranske

Kurt Weinert, Chemnitz

Manfred Wittstock, Rostock

zur Überwindung des Rentenstrafrechts und gegen den weiteren sozialen Abbau unserer Rechte vermittelt. Die weitere Gewinnung neuer Mitglieder vor allem aus den rentennahen und noch rentenferneren Jahrgängen soll auch in Zukunft der wesentliche Schwerpunkt unserer Tätigkeit sein. Darüber hinaus wurden praktische Erfahrungen in der Arbeit mit Hinterbliebenen vermittelt und die Grundsätze der Finanzarbeit erläutert.

Vom Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern, Siegfried Felgner, wurden die Beratung und die auf diesem Wege erzielten Ergebnisse als besonderer Kampfabschnitt und ein Novum unserer Arbeit in der gegenwärtigen Etappe eines nicht immer einfachen Kampfes charakterisiert. **Siegfried Markgraf**

Auf dem Büchermarkt:

Reinhold Lenz – Der Lenz ist da
Wissenschaftlicher Verlag Berlin
ISBN: 3-936846-50-2 / Preis: 18 Euro
Ein ehrliches, aber gefährliches Buch eines Justizvollzugsbeamten.

Die Selbstbiografie von Reinhold Lenz erschien 2003. Im Untertitel ist vermerkt »Der Lebensweg eines Justizvollzugsbeamten.« Auf Grund des Titels wird wahrscheinlich dieses Buch in der Bücherschwemme untergehen oder nur Fachkollegen interessieren. Dieses Schicksal hat das Buch nicht verdient!
Erstmalig schreibt ein DDR-Bürger über seine Erlebnisse als Angehöriger des Organs Strafvollzug der DDR und nach 1990 als Justizvollzugsbeamter der Bundesrepublik Deutschland. An Hand seines nicht einfachen Entwicklungsweges, vom ausgerissenen Adoptivkind bis zum Stellvertreter des Leiters einer Jugendstrafanstalt, räumt der Autor, wie es scheint, manchmal recht unbewusst, mit den herrschenden Klischees der Geschichtsschreibung über die DDR auf.

Für alle Totalitarismusforscher, Antikommunisten, Gauckianer, Birthlers und Knabes ist dieses Buch höchst gefährlich: Es steht im Widerspruch zu ihren Ergüssen über das Leben in der DDR. Auch können sie den Autor nicht äch-

ten und in die politische Schmuddelecke stellen, denn er wurde mehrfach der modernen Inquisition unterworfen, ohne ihm etwas andichten zu können, und letztlich wurde er verboten.

Das Buch ist kein Fachbuch über den Strafvollzug und erhebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit. Interessant sind seine Vergleiche zwischen dem Vollzug damals und heute, auch wenn sich der Leser manchmal deutlichere Akzente wünschte. Nicht alles ist widerspruchsfrei. Vieles regt zur Diskussion an, und so mancher persönliche Zwist gehört nicht in solch ein Buch. Das alles schmälert nicht den Wert des Buches.

Dieter Winderlich

Bei anderen gelesen:

Eindringlicher BRH-Appell an

Parlamentarier aus den neuen Ländern

»Wir appellieren an Sie, Ihrer Verantwortung für die Mitmenschen – und die Wähler – im Osten gerecht zu werden und darauf zu drängen, dass der Rentenwert Ost an den Rentenwert West angeglichen wird.« Diesen Appell richtete der BRH-Bundesvorsitzende, Dr. Herbert Bartsch, an die aus den neuen Bundesländern stammenden Bundestagsabgeordneten aller Fraktionen. Es gebe inzwischen Pläne, wie dies geschehen könne, ohne dass hierdurch die Situation der arbeitenden Menschen im Osten verschlechtert werde, so der BRH-Bundesvorsitzende in seinem Schreiben. „Es ist richtig, die Kosten aus Steuermitteln aufzubringen.“ Im übrigen könne es nur noch eine Frage der Zeit sein, bis das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) einen entsprechenden Anspruch feststelle. Sollte es bei der rigorosen Haltung des Rentenministers Franz Müntefering (SPD) bleiben, dann werde der BRH auch in dieser Frage das Bundesverfassungsgericht einschalten müssen. Das BVerfG werde feststellen, dass Renten innerhalb Deutschlands rund 20 Jahre nach der Vereinigung gleich hoch sein müssen. »Es wird den Gesetzgeber mindestens dazu verpflichten, die Gleichstellung wenigstens mittelfristig in Angriff zu nehmen.«

(Aus BRH aktuell 001/2007)

Von Mitglied zu Mitglied:

2 gemütliche FEWO in Oberweißbach/Thür. im Schwarzatal - Tel./Fax: 036730 22785 - (ab 19.00 Uhr) www.urlaub-unterweissbach.de



Wir trauern um unsere
verstorbenen Mitglieder



Karin Ackermann, Braunsdorf
Ruth Bachmann, Chemnitz
Herbert Bauer, Halle
Siegfried Brandt, Stralsund
Gerhard Becker, Stralsund
Peter Clauß, Chemnitz
Annefriedel Freudenberg, Cottbus
Wolfgang Gebauer, Halle
Dr. Sonja Grimm, Leipzig
Ruth Groß, Bln.-Mitte
Wolfgang Gross, Cottbus
Heinz Hammerschmidt, Bln.-Prenzl. B.
Erhard Helbig, Bln.-Prenzl. Berg
Manfred Höhnemann, Zeuthen
Wolfgang Hörig, Bln.-Fr'felde
Werner Hoppe, Schwerin
Hildegard Kassner, Rostock
Josef Kessmann, Bln.-Hellersdorf
Dieter Klein, Bln.-Fr'felde
Dieter Klein, Leipzig
Ilse Klein, Leipzig
Kurt Knobloch, Bln.-Mitte
Gerda König, Rostock
Manfred Kohrts, Born
Günter Kraska, Erfurt
Rudi Kriebitzsch, Tangerhütte
Brigitte Kühn, Bln.-Marzahn
Helmut Lorenz, Chemnitz
Klaus Lück, Bln.-Fr'felde
Heinz Mäke, Halle
Kurt Meusel, Erfurt
Horst Nowotny, Gera
Ullrich Oberstein, Dresden
Käthe Pawlicki, Halberstadt
Joachim Rohr, Bln.-Marzahn
Hellmut Schmidl, Stralsund
Horst Schmidt, Halberstadt
Ingeborg Schulze, Bln.-Marzahn
Harry Settner, Suhl
Artur Staigies, Wolgast
Helmut Steiner, Tangerhütte
Gerhard Stephan, Hartmannsdorf
Manfred Wanke, Bln.-Prenzl. Berg

Ehre ihrem Andenken.

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 28.02.2007

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 28.03.2007

Einstellung im Internet: 05.04.2007

Auslieferung: 12.04.2007

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. - Postfach 700423 - 10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Jede 1. und 3. Donnerstag von 15 bis 17 Uhr